

Antrag

Initiator*innen: Ortsverband Schwabing-Maxvorstadt-Freimann (dort beschlossen am: 12.01.2023)

Titel: Autofreie Sonntage auf der Sonnenstraße vom Sendlinger Tor bis zum Stachus und ggf. weiter

Antragstext

1 Die Stadt München wird aufgefordert, die Sonnenstraße an Sonntagen tagsüber
2 vom Sendlinger Tor mindestens bis zum Lenbachplatz, möglichst aber über den
3 Maximiliansplatz hinaus bis zur Briener Straße für den Autoverkehr zu sperren.

- 4 • Die Fahrbahnen auf der dem Stadtzentrum zugewandten Seite werden für den
5 Fußverkehr geöffnet, die äußeren Fahrspuren können fürs Radfahren, Skaten
6 usw. genutzt werden.
- 7 • Trambahnen können weiterhin fahren.
- 8 • Vereine und Institutionen können Infostände aufstellen, auch Imbiss-Stände
9 sollen möglich sein. Eine nicht permanente Straßenmöblierung soll ohne
10 Anmeldung ebenfalls erlaubt sein.
- 11 • Die Sperrung soll immer von 9:00 Uhr bis 20:00 Uhr erfolgen.
- 12 • Die Organisation übernimmt die Stadt München oder ein*e Veranstalter*in.
- 13 • Es könnte zuerst eine Testphase mit jeweils 2 Sonntagen im Monat geben.

Begründung

15 Die Stadt München möchte und muss mehr für den Klimaschutz tun. Die Sperrung der
16 Sonnenstraße zumindest an Sonntagen, mindestens an 2 Sonntagen pro Monat ist ein
17 erster, symbolischer Schritt. Die Münchner Bürgerinnen und Bürger bekommen die
18 Gelegenheit, eine sonst laute, schmutzige Verkehrsstraße frei zu betreten und
19 für Freizeit, Sport und andere Aktivitäten zu nutzen.
20 Die Sonnenstraße eignet sich besonders für eine solche Maßnahme: Sie ist sehr
21 gut über den ÖPNV (U-Bahn, S-Bahn, Tram) erreichbar, Buslinien müssen nicht
22 verlegt werden, da nicht vorhanden. Die Sonnenstraße grenzt an die Innenstadt
23 mit vielen Fußgängerzonen.
24 Die Öffnung der Sonnenstraße für den Fußverkehr könnte die Attraktivität und
25 Belebung der Innenstadt sogar steigern. Berufs- und Lieferverkehr findet am
26 Sonntag nicht statt.
27 Kommt die autofreie Sonnenstraße bei den Münchnerinnen und Münchnern gut an,
28 können die Zeiten ausgeweitet bzw. weitere Straßen einbezogen werden.

29 Das brasilianische **São Paulo**, eine der größten Städte der Welt, macht es vor:
30 Seit Herbst 2015
31 ist im städtebaulichen Programm "Ruas abertas" die achtspurige **Avenida Paulista**
32 an allen Sonntagen tagsüber frei für soziales Miteinander und wird sehr gut von
33 den Bürgerinnen und Bürgern angenommen.
34 Die mehrspurige Hochstraße **Elevado Presidente João Goulart**, wird zum "Parque
35 Minhocão".
36 (Der Spitzname **Minhocão** bedeutet übrigens "großer Wurm" - in München gibt es
37 auch eine Lindwurmstraße ...)

Unterstützer*innen

Margit Saar (KV München), Angela Büttner (KV München)

Antrag

Initiator*innen: Thorsten Kellermann

Titel: **WEITERENTWICKLUNG DES MÜNCHNER
STROMNETZES HIN ZU DEZENTRALEN
NETZEN UND SMART GRIDS**

Antragstext

1 Der Stadtparteitag der Grünen München fordert die Stadtratsfraktion Grüne/Rosa
2 Liste auf folgende Schritte zur Weiterentwicklung von SmartGrids (intelligente
3 Stromnetze) und dezentraler Energieversorgung prüfen zu lassen. Ein Prüfung ist
4 aktuell sinnvoll, da das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK)
5 gerade die Voraussetzung zur Nutzung dieser Technologien verbessert, es aber
6 einige Jahre zur Planung und Umsetzung braucht.

1. Flexibilität der Stromversorgung

- 8 1. Bestehende und zukünftigen Verteilernetze sollen derart ausgebaut
9 werden, dass sie von Akteur*innen je nach Bedarf genutzt werden
10 können. Es soll geprüft werden, ob die Stromnetze der Stadt
11 ausreichend leistungsfähig sind, um nach Belieben aus Photovoltaik
12 (PV) Anlagen oder Speichersystemen Strom in das Netz einzuspeisen.
13 Zudem ist festzustellen, wie Netze ausgebaut werden müssen, um die
14 Nutzung von Speichern wie E-Autos zu ermöglichen.
- 15 2. Um in dezentralen Netzen Stromengpässe zu vermeiden, sollen folgende
16 Punkte beachtet werden:
 - 17 1. Ausbau dezentraler Speicherkapazität: Trafostationen sind
18 bereits dezentrale Stromverteilpunkte. Es soll geprüft werden,
19 ob Trafostationen derart erweitert werden können, dass sie als
20 Standort für lokale Energiespeicher zur Speicherung und
Verteilung des PV Stroms der angebundenen Haushalte dienen

- 21 können, um lokal erzeugten Strom besser zu nutzen.
- 22 2. Es soll geprüft werden, inwieweit der Transport zwischen
- 23 Erzeuger und Verbraucher verkürzt werden kann, um die
- 24 Grundvoraussetzungen für die Dezentralisierung der
- 25 Stromversorgung zu verbessern.
- 26 3. Es soll geprüft werden, welche Maßnahmen zur Cybersicherheit
- ergriffen werden müssen, um Smart Grid Systeme vor digitalen
- Angriffen zu schützen.

- 27
- 28 2. Prosuming voranbringen:
- 29 Dezentralisierung der Energieversorgung setzt ein hohes Bürger*innen
- 30 Engagement voraus. Daher soll geprüft werden welche weiteren Konzepte es
- 31 gibt, Bürger*innen zu motivieren, sich am Ausbau erneuerbarer Energien zu
- 32 beteiligen.
- 33
- 34
- 35 1. Wichtig ist die weitere Förderung von Wohn- oder
- 36 Gewerbequartierskonzepten zur Erzeugung lokalen Stroms.
- 37 2. Die Anbindung von größeren Wärmepumpen bei Prosumern (Nahwärmenetze)
- 38 3. Anreize für Mieterstromprojekte
4. Anmeldeprozesse im Bereich Niederspannung vereinfachen

39 **Begründung**

Die Energiewende hat viele Standbeine. Die Dezentralisierung von Energienetzen und die damit nötige Optimierung der Steuerung durch Smart Grid Technologien soll dazu beitragen, die benötigte Menge an Großkraftwerken zu reduzieren und die Partizipation der Menschen an der Energieversorgung zu erhöhen. Die Auswirkungen auf den Klimaschutz sind erheblich. Je nach Art der Berechnung kann durch eine weitestgehende Dezentralisierung die Grundlast der Stromversorgung auf 16% des insgesamt erzeugten Stromes reduziert werden. Damit müssten erheblich Mengen Strom erst gar nicht produziert werden, da Verluste minimiert werden.

Der Ausbau solcher Technologien in einer Stadt wie München braucht Zeit. Zudem werden wichtige rechtliche Voraussetzungen durch das BMWK erst geschaffen. Deshalb ist es nötig, jetzt nach der Smart-Meter (digitale und dezentrale Energiemessung) Initiative der Stadtwerke, die nächsten Schritte zum Ausbau dieser Technologien zu evaluieren.

Quellen:

- Digitalisierung und die Transformation des urbanen Akteursgefüges – Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung <https://d-nb.info/1132066166/34>
- Mieterstrom: <https://de.wikipedia.org/wiki/Mieterstrom>

- SmartGrid: https://de.wikipedia.org/wiki/Intelligentes_Stromnetz

Unterstützer*innen

Angela Büttner (KV München), Verena Matzner (KV München), Gerald Zehetbauer (BV Bundesverband), Christopher Stark (KV München), Anja Callam (KV München), Anna Weyand (KV München), Sabine Miksa (KV München), Martin Züchner (KV München), Roland Barfus (KV München), Gisela Kainz (KV München), Frank Dürsch (KV München)

Antrag

Initiator*innen:

**Titel: WEITERENTWICKLUNG DES MÜNCHNER
STROMNETZES HIN ZU DEZENTRALEN
NETZEN UND SMART GRIDS**

Antragstext

1 Der Stadtparteitag der Grünen München fordert die Stadtratsfraktion Grüne/Rosa
2 Liste auf folgende Schritte zur Weiterentwicklung von SmartGrids (intelligente
3 Stromnetze) und dezentraler Energieversorgung prüfen zu lassen. Ein Prüfung ist
4 aktuell sinnvoll, da das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK)
5 gerade die Voraussetzung zur Nutzung dieser Technologien verbessert, es aber
6 einige Jahre zur Planung und Umsetzung braucht.

1. Flexibilität der Stromversorgung

- 8 1. Bestehende und zukünftigen Verteilernetze sollen derart aus-
9 und/oder umgebaut
10 werden, dass sie von Akteur*innen je nach Bedarf genutzt werden
11 können. Es soll geprüft werden, ob die Stromnetze der Stadt
12 ausreichend leistungsfähig sind, um nach Belieben aus Photovoltaik
13 (PV) Anlagen oder Speichersystemen Strom in das Netz einzuspeisen.
14 Zudem ist festzustellen, wie Netze ausgebaut werden müssen, um die
15 Nutzung von Speichern wie E-Autos zu ermöglichen.
- 16 2. Um in dezentralen Netzen Stromengpässe zu vermeiden, sollen folgende
17 Punkte beachtet werden:

- 18 1. Ausbau dezentraler Speicherkapazität: Trafostationen sind
19 bereits dezentrale Stromverteilpunkte. Es soll geprüft werden,
20 ob Trafostationen derart erweitert werden können, dass sie als
Standort für lokale Energiespeicher zur Speicherung und

21 Verteilung des PV Stroms der angebundenen Haushalte dienen
22 können, um lokal erzeugten Strom besser zu nutzen.
23 2. Es soll geprüft werden, inwieweit der Leitungsweg zwischen
24 Erzeuger und Verbraucher verkürzt werden kann, um Leitungs-
25 und Transformationsverluste zu verringern und hierdurch die
26 Grundvoraussetzungen für die Dezentralisierung der
27 Stromversorgung zu verbessern.
28 3. Es soll geprüft werden, welche Maßnahmen zur Cybersicherheit
ergriffen werden müssen, um Smart Grid Systeme vor digitalen
Angriffen zu schützen.

29
30 2. Prosuming voranbringen:
31 Dezentralisierung der Energieversorgung setzt ein hohes Bürger*innen
32 Engagement voraus. Daher soll geprüft werden welche weiteren Konzepte es
33 gibt, Bürger*innen zu motivieren, sich am Ausbau erneuerbarer Energien zu
34 beteiligen.
35
36
37 1. Wichtig ist die weitere Förderung von Wohn- oder
38 Gewerbequartierskonzepten zur Erzeugung lokalen Stroms.
39 2. Die Anbindung von größeren, netzdienlichen Wärmepumpen bei Prosumern
40 und Möglichkeit zur Schaffung vom (Solaren-)Nahwärmenetze.
41 (Sektorenkopplung!)
42 3. Anreize für schaffen und rechtliche Hürden abbauen
43 Mieterstromprojekte
4. Anmeldeprozesse im Bereich Niederspannung vereinfachen

44 **Begründung**

Die Energiewende hat viele Standbeine. Die Dezentralisierung von Energienetzen und die damit nötige Optimierung der Steuerung durch Smart Grid Technologien soll dazu beitragen, die benötigte Menge an Großkraftwerken zu reduzieren und die Partizipation der Menschen an der Energieversorgung zu erhöhen. Die Auswirkungen auf den Klimaschutz sind erheblich. Je nach Art der Berechnung kann durch eine weitestgehende Dezentralisierung die Grundlast der Stromversorgung auf 16% des insgesamt erzeugten Stromes reduziert werden. Damit müssten erheblich Mengen Strom erst gar nicht produziert werden, da Verluste minimiert werden.

Der Ausbau solcher Technologien in einer Stadt wie München braucht Zeit. Zudem werden wichtige rechtliche Voraussetzungen durch das BMWK erst geschaffen. Deshalb ist es nötig, jetzt nach der Smart-Meter (digitale und dezentrale Energiemessung) Initiative der Stadtwerke, die nächsten Schritte zum Ausbau dieser Technologien zu evaluieren.

Quellen:

- Digitalisierung und die Transformation des urbanen Akteursgefüges – Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung <https://d-nb.info/1132066166/34>
- Mieterstrom: <https://de.wikipedia.org/wiki/Mieterstrom>
- SmartGrid: https://de.wikipedia.org/wiki/Intelligentes_Stromnetz

Antrag

Initiator*innen: AK Kreislaufwirtschaft (dort beschlossen am: 16.03.2023)

Titel: Biomüll – kein Müll sondern wertvoller Rohstoff

Antragstext

1 Angesichts der Energiekrise und ihrer Folgen, des Zero-Waste-Konzepts der Stadt
2 München und der Notwendigkeit flexible Wege zur CO2-Einsparung
3 und Ressourcenschonung zu finden, fordern wir die Grün/Rosa Stadtratsfraktion
4 auf, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, eine
5 Bio“müll“-Verwertung in München sobald wie möglich nach den neuesten Regeln der
6 Technik zu gewährleisten.

Begründung

In München werden nur knapp 30 kg Bio“müll“ pro Person und Jahr gesammelt. Das ist eine Menge, die zwar weit unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt, aber dem heutigen Anspruch an die städtische Bio“müll“-Verarbeitung immer noch zugrunde gelegt wird. Eine Mindest-Sammelmenge von 90 kg/pers*jahr muss aber die Grundlage der neu zu konzipierenden Ersatz-Anlage für die in die Jahre gekommene Freimanner Anlage sein, damit diese wirtschaftlich arbeiten kann, wertvolle Bio-Rohstoffe nicht in der Restmülltonne landen und dort bei ihrer Entsorgung thermische Energie verschwenden.

Es ist heute möglich und notwendig, Bioabfall so zu verwerten, dass daraus nutzbares Biogas und als Endprodukt zudem wertvoller kohlendioxidspeichernder Humus (im Nassververgärungsverfahren anstelle des bisherigen Trockengärungsverfahrens) entsteht und somit nicht wie bisher wertvolle Energie zur Aufarbeitung benötigt wird.

Die Entscheidung für eine neue Verwertungsanlage muss ökobilanziert optimiert getroffen werden und auch die ökonomischen Aussagen für zukünftige Generationen beinhalten.

Antrag

Initiator*innen: AK Tierschutz und Ernährung (dort beschlossen am: 23.03.2023)

Titel: Gerechtigkeit für Tiere - Umgang mit Stadtauben in München

Antragstext

1 **München hat wie viele Großstädte eine Taubenpopulation aufzuweisen, die für**
2 **Bewohner*innen und Gewerbetreibende, Betreiber des ÖPNV, Bahn und Denkmalschutz**
3 **manchmal lästig und unangenehm ist.**

4 Tauben konzentrieren sich mangels natürlicher Futterquellen meist dort, wo etwas
5 Fressbares zu finden ist: an Orten, wo viele Menschen zusammen kommen und
6 Lebensmittel konsumieren. Stadtauben kommen nicht plötzlich irgendwo her. Sie
7 sind - genetisch nachgewiesen - Nachkommen von Haustieren: verirrten Brieftauben
8 und Hochzeitstauben. Als durch die Zucht mit der Felsentaube verwandte Tiere,
9 nisten Stadtauben nicht wie zum Beispiel Ringeltauben in Bäumen, sondern suchen
10 Nischen, Vorsprünge und Überhänge, um Nester zu Bauen und zu brüten, zum Ärger
11 von Bahn, Hauseigentümer*innen und Denkmalschutz. Ihre Standorttreue führt dazu,
12 dass sie ihre Plätze nicht verlassen und so dauerhaft dort bleiben, wo sie viele
13 Menschen stören.

14 **Ausreichend Taubenschläge anbieten und fachkundig betreuen**

15 Aktuell gibt es nur eine tierschutzkonforme Möglichkeit, die Population zu
16 kontrollieren und sukzessive zu reduzieren: betreute Taubenschläge nach dem
17 sogenannten „Augsburger Modell“. In diesen für Menschen zugänglichen
18 Taubenschlägen erhalten die Tiere frisches Wasser, artgerechtes Futter und
19 ausreichend Nistplätze. Die dort gelegten Eier werden zu einem Großteil durch
20 Attrappen ersetzt und somit der Nachwuchs nach und nach reguliert. Zudem bleibt
21 der Großteil des Taubenkots im Taubenschlag oder seinem direkten Umfeld und wird
22 von dort entfernt. München hat zwar deutschlandweit die meisten Taubenschläge,

23 aber es sind bei weitem nicht genug, um die Gesamtpopulation zu senken. Die
24 durch die Stadt jährlich zur Verfügung gestellte Summe für Taubenschläge und
25 deren Betreuung von etwa 30.000 EUR ist nicht ausreichend, um genug
26 Taubenschläge zu betreiben und allen Tauben einen Platz zu bieten. Für eine
27 effektive Populationskontrolle braucht es überall dort, wo eine entsprechende
28 Anzahl an Tauben sich niedergelassen hat, Taubenschläge entsprechender Größe.

29 **Fütterungsverbot entkriminalisieren**

30 Um Tauben abseits von Taubenschlägen nicht an Örtlichkeiten zu gewöhnen, hat die
31 Stadt ein Fütterungsverbot erlassen. Das ist allerdings nicht zielführend: Es
32 zwingt Tauben immer näher zu den Menschen, die Essensreste liegen lassen, um
33 überhaupt zu überleben. Bei der Aufnahme von Essensresten werden Tauben krank,
34 denn sie brauchen Körner, um gesund zu bleiben. Brot, Pommes, zuckerhaltige
35 Lebensmittelreste - all das, was Menschen hinterlassen schadet der
36 Taubengesundheit.

37 Auf das Brutverhalten wirkt sich das Fütterungsverbot ebenfalls nicht aus.
38 Tauben wurde der Brutzwang angezchtet, um den Nachwuchs an Brieftauben und
39 Hochzeitstauben zu gewährleisten. Tauben brüten regelmäßig, auch wenn die
40 Umstände schlecht sind. Das Fütterungsverbot führt also nur marginal zu weniger
41 Tieren, zum Beispiel durch Krankheiten, aber zu deutlich mehr durch uns Menschen
42 verursachtes Leid.

43 **Ein Gutachten aus Berlin hat 2021 festgestellt, dass ein Fütterungsverbot von**
44 **Stadtauben möglicherweise nicht legal sein könnte**, da es sich bei Stadtauben,
45 wie bei streunenden Hunden oder Katzen, um Haustiere bzw. deren Nachkommen
46 handelt, für die Kommunen eine Nachsorgepflicht haben. Damit dürfen sie nicht,
47 wie aktuell der Fall, wie Wildtiere behandelt werden. Eine artgemäße Fütterung
48 wäre demnach mindestens angezeigt, um der Nachsorgepflicht gerecht zu werden.
49 Denn das Tierheim München kann weder alle 40.000-100.000 Tauben in München
50 fangen und unterbringen, noch alleine versorgen.

51 So lange es nicht für alle Tauben Platz in betreuten Schlägen gibt, ist das
52 Fütterungsverbot mindestens potenziell ein Verstoß gegen das Tierschutzgesetz.
53 Wildes Füttern ist nur zu vermeiden, indem die Stadt selbst oder dazu
54 legitimierte Personen eine Fütterung an festen Plätzen mit artgerechter Nahrung
55 gewährleisten. So bleiben die Tauben und ihre Hinterlassenschaften gesund, bzw.
56 nicht krankheitserregend. Fügt man all diese Argumente zusammen ergibt sich
57 akuter Handlungsbedarf, wenn die Stadt die Tauben im Einklang mit dem
58 Tierschutzgesetz behandeln will und trotzdem ihre Anzahl reduzieren möchte:
59 München braucht deutlich mehr Taubenschläge und darf dabei nicht nur auf
60 Angebote von Hauseigentümer*innen hoffen. Sie muss das Zepter selbst in die Hand
61 nehmen und aktiv steuern.

62 **Für uns gilt:**

63 • Stadttauben sind Nachkommen von Haustieren (Brief-/Sport-, Hochzeitstauben).
64 Juristisch ist eine Nachsorgepflicht nicht gänzlich auszuschließen.

65 • Stadttauben sind als gezüchtete Haustiere von einer artgerechten Fütterung
66 durch den Menschen abhängig, um sie gesund zu halten im Sinne des im Grundgesetz
67 verankerten Tierschutzgesetzes. Als standorttreue Körnerfresser haben sie in der
68 Stadt alleine keine Chance, artgerechtes Futter zu finden.

69 • Eine mit dem Tierschutzgesetz zu vereinbarende Reduzierung der Stadttauben-
70 Population ist nur durch den Tausch von Taubeneiern mit Attrappen möglich.

71 • Vergrämnungsmaßnahmen, die zu Verletzungen oder Tod von Tauben oder Trennung
72 von Elterntieren und Jungtieren führen können, insbesondere sogenannte „Spikes“
73 und Abwehrnetze, sind mit unserer Interpretation des Tierschutzgesetzes nicht
74 vereinbar. Das Tierschutzgesetz ist im Grundgesetz verankert. Es gibt eine
75 andere Methode Tauben von bestimmten Orten fernzuhalten: betreute Taubenschläge
76 nach dem Augsburger Modell.

77 • Der Abschuss von Stadttauben als letztes Mittel, um diese beispielsweise von
78 Kindergärten fern zu halten oder aus U-Bahn-Höfen zu entfernen, ist nicht
79 akzeptabel. Das letzte Mittel muss das Einfangen der Tiere und eine Übermittlung
80 an das Tierheim München sein. Wir fordern darüber hinaus Transparenz beim
81 Erteilen und Ergreifen von Maßnahmen, die zu einer Vergrämung oder Entfernung
82 von Tauben genutzt werden, zum Beispiel durch Unterrichtungen in
83 Bezirksausschüssen.

84 • Der tierschutzgesetzkonforme Umgang mit Stadttauben bedeutet zunächst ein
85 höheres finanzielles Investment, welches mittelfristig aber dafür Sorge trägt,
86 dass laufende Kosten für neue Vergrämnungsmaßnahmen, Reinigung von Fassaden und
87 Freizeitflächen, Kontrolle und Wartung von Vergrämnungsmaßnahmen, Versorgung
88 kranker und verletzter Tiere sinken.

89 **Wir GRÜNE fordern daher:**

90 • das Fütterungsverbot auszusetzen und durch das Veterinäramt oder damit
91 beauftragte Personen oder Vereine eine artgerechte Fütterung zu garantieren, wo
92 eine Taubenpopulation, aber kein betreuter Taubenschlag vorhanden ist.

93 • Ein Fütterungsverbot erkennen wir nur dort als sinnvoll und durchzusetzen an,

94 wo betreute Taubenschläge in ausreichender Zahl die vorhandene Population an
95 Tauben beherbergen kann. Nur dort ist parallele Fütterung kontraproduktiv, weil
96 sie Tauben von Taubenschlägen in der Umgebung weglockt.

97 • die Entkriminalisierung von Taubenfütterung. Wir setzen auf Aufklärung sowie
98 Mitwirken bei den von uns geforderten Maßnahmen durch Menschen, die sich um
99 Tauben sorgen und aktuell illegal Fütterungen aus Tierschutzgründen vornehmen.
100 Die Stadt braucht die Hilfe dieser Menschen, die sich für kranke, verletzte
101 Tiere und das Aufzeigen illegaler Vergrämungen und anderen
102 Tierschutzgesetzverstößen einsetzen.

103 • eine Aufstockung der jährlichen finanziellen Mittel für Bau, Installation,
104 Wartung und Betreuung von Taubenschlägen nach dem Augsburger Modell, um in
105 absehbarer Zeit allen Populationen eine Unterkunft mit artgerechter Versorgung
106 zu ermöglichen.

107 • eine angemessene Bezahlung mindestens auf Mini-Job-Niveau für Fachpersonal,
108 das mit der Betreuung und Reinhaltung der Schläge und dem Tausch der Taubeneier
109 betraut wird. • dort, wo keine geeigneten Immobilien für die Installation von
110 Taubenschlägen gefunden werden, braucht es kreative Lösungen, zum Beispiel durch
111 den Bau sogenannter Taubentürme oder das Aufstellen von Containern mit der
112 Funktion eines Taubenschlags.

113 • die feste Einplanung von Taubenschlägen insbesondere bei städtischen Neubauten
114 oder Sanierungen oder solchen Neu-/Umbauten, bei denen die Stadt Einfluss auf
115 Nutzung und Gestaltung ausüben kann.

116 • eine sichtbare und wirksame Aufklärungskampagne (3. Säule des Münchner drei-
117 Säulen-Modells zur Reduzierung der Taubenpopulation), die mit Vorurteilen
118 gegenüber Tauben aufräumt sowie für einen tierschutzgesetzkonformen Umgang wirbt
119 und über die Aktivitäten der Stadt diesbezüglich aufklärt - z.B. über
120 Infoanzeigen an Bahnhöfen oder in Fahrzeugen der MVG.

121 • eine klare Agenda der Stadt mit kontrollierbaren Zielvorgaben bezüglich der
122 Entwicklung der Anzahl der Stadttauben, einen transparenten Evaluationsprozess
123 und jährlichen Informationstausch zwischen Stadt, Bezirksausschüssen und
124 Interessenvertreter*innen.

Unterstützer*innen

Andreas Gregor (KV München), Meike Thyssen (KV München), Angela Büttner (KV München)

Antrag

Initiator*innen: Peter Heilrath

Titel: Abhängigkeiten von problematischen
autoritären Staaten prüfen und minimieren

Antragstext

1 Die Stadtversammlung möge beschließen:

2 Die Stadt München, ihre Eigenbetriebe und Beteiligungen werden aufgefordert, auf
3 allen Ebenen zu prüfen, wo Abhängigkeiten von Produkten, Rohstoffen,
4 Dienstleistungen autoritärer Staaten bestehen, die als Druckmittel gegen unsere
5 Stadt und unser Land benutzt werden könnten oder über die Verwendung technischer
6 Bauteile oder Software geeignet sind zur politischen oder wirtschaftlichen
7 Spionage.

8 Wo derartige problematische Abhängigkeiten oder Verwendungen festgestellt
9 werden, soll gemeinsam mit dem Städtetag, dem Freistaat Bayern, der
10 Bundesregierung und anderen Institutionen/Gremien Abhilfe geschafft werden. Wo
11 immer möglich, soll versucht werden, Abhängigkeiten von imperialistischen
12 autoritären Staaten wie Russland oder China zu reduzieren oder zu beseitigen.

13 Zusätzlich soll geprüft werden, ob und mit welchen Summen die Stadt
14 Institutionen oder Stiftungen fördert, die unter dem Deckmantel
15 zivilgesellschaftlichen Engagements oder der Kulturvermittlung Ideologie und
16 Narrative autoritärer Staaten in Deutschland verbreiten. Die städtische
17 Förderung ist auf den Prüfstand zu stellen.

Begründung

Die Abhängigkeiten unseres Landes und unserer Stadt im Bereich "Hygiene und Medizinprodukte" zeigten sich erschreckend in der Pandemie bei medizinischen Masken und Corona-Test ebenso wie aktuell noch immer im Bereich pharmazeutischer Produkte.

Auch die Versorgung mit russischem Rohöl und Erdgas haben gezeigt, wie schnell wirtschaftliche Abhängigkeiten als Teil der hybriden Kriegsführung gegen uns verwandt werden können.

Ähnliche Risiken bestanden beispielsweise bei der Anti-Viren-Software Kaspersky, die ein mögliches Einfallstor für russische Cyber-Attacken hätte bieten können. Hier handelte die Stadtverwaltung schnell und entschlossen und beendete die Nutzung dieser Software.

Auch die Verwendung von Technik chinesischer Firmen wie Huawei birgt Risiken durch Angriffe oder Spionage.

Es gilt deswegen: Riskante Abhängigkeiten und Verwendungen identifizieren und beseitigen!

Antragsteller*innen:

Dr. Angela Hermann

Peter Heilrath

Margarete Bause

Unterstützer*innen

Angela Hermann (KV München), Margarete Bause (KV München), Katharina Wittig (KV München), Andreas Voßeler (KV München), Arne Brach (KV München), Ulrich Gensch (KV München), Lino Fischer (KV München), Claudia Urschbach (KV München), Samuel Moser (KV München), Gabriele Masch (KV München), Dardan Kolic (KV München), Frank Dürsch (KV München), Konstantin Weddige (KV München), Henrike Hahn (KV München), Bernd Vehlou (KV München), Jan Pontzen (KV München), Lorenz Stradtner (KV München), Meike Thyssen (KV München), Thorsten Kellermann (KV München), Florina Vilgertshofer (KV München), Georg Ashton (KV München), Angela Büttner (KV München)

A6

Antrag

Initiator*innen: Anna Katharina Hanusch (KV München)

Titel: Fromale Gründung AK Planen-Bauen-Wohnen

Antragstext

- 1 Wir beantragen die nur auf der Hauptversammlung mögliche formale Bestätigung des
- 2 neuen Arbeitskreis Planen-Bauen-Wohnen für den KV München-Stadt.

Begründung

Der Antrag zur Gründung eines solchen AK wurde ja bereits im November auf dem Stadtparteitag bestätigt. Es hat am 13.3. 2023 ein erstes Treffen stattgefunden mit 20 Teilnehmenden die alle begrüßen, dass der AK geschaffen wird und mindestens Themenbezogen auch weiter teilnehmen wollen. 8 Personen haben auch erklärt kontinuierlich mitzuarbeiten und es gab weitere Rückmeldungen von Interessentinnen die aber an dem Termin nicht konnten.

Wir bitten daher den AK auch nach Satzung offiziell zu bestätigen. Das nächste Treffen ist für den 8.Mai bereits geplant.

Unterstützer*innen

Martin Ottensmann (KV München), Svenja Jarchow-Pongratz (KV München), Christian Hartranft (KV München), Bernd Schreyer (KV München), Gesa Tiedemann (KV München), Florian Schönemann (KV München), Mona Fuchs (KV München), Franz Damm (KV München), Dietlind Alber (KV München), Herbert Danner (KV München), Lendita Musliji (KV München), Frederik Ostermeier (KV München), Margit Saar (KV München), Sven-Torsten Gigler (KV München), Florina Vilgertshofer (KV München), Gunda Krauss (KV München)

Antrag

Initiator*innen: Lino Fischer

Titel: **Unterstützung der Forderung eines
Gesellschaftsrats**

Antragstext

1 Die Grünen München unterstützen hiermit ausdrücklich die Forderung an die
2 Bundesregierung, einen der im Koalitionsvertrag erwähnten Bürger*innenräte mit
3 der Fragestellung, wie Deutschland bis 2030 die Nutzung fossiler Rohstoffe
4 sozial gerecht beenden kann, einzusetzen. Die Ergebnisse sollen im Bundestag
5 eingebracht werden. Die Bundesregierung muss der Verfassungspflicht nachkommen,
6 für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens einen ausreichenden Plan zu haben.

7 Bei Beschluss soll dieser Antrag zur Kenntnis von Landes- sowie Bundesvorstand
8 gebracht werden.

9 Außerdem soll auf ihn in einer Pressemitteilung hingewiesen werden.

Begründung

Wenn dieser Antrag vorgelesen wird, wird gerade in Berlin gegen ein fossiles "Weiter-So" Widerstand geleistet.

Wir sind an einem historischen Scheideweg. Die ökologische Krise erfordert von uns radikale Veränderungen, um unsere Zukunft zu sichern.

Die Bundesregierung samt Bundeskanzler hat unterm Strich, selbst unter grüner Beteiligung diese Dringlichkeit nicht erkannt und handelt zu langsam und zu zaghaft.

Deshalb sollten wir uns als größter grüner Kreisverband den Forderungen der letzten Generation (vor den Kippunkten) anschließen, da diese mutig und entschlossen für eine lebenswerte Welt kämpfen. Wir wissen doch, was richtig ist!

Eine ihrer zentralen Forderungen ist die Einführung eines verbindlichen, unbefristeten und bundesweit gültigen 9€ Tickets für den öffentlichen Nahverkehr. Dies wäre ein großer Schritt für eine Verkehrswende, die den CO₂-Ausstoß senkt, die Luftqualität verbessert und die Mobilität für alle zugänglich macht. Wir haben bereits bewiesen, dass ein befristetes 9€ Ticket machbar ist. Jetzt müssen wir dafür kämpfen, dass es zur Regel wird.

Wir wissen aber auch, dass eine Verkehrswende nur ein Teil der Lösung ist. Wir brauchen eine ganzheitliche Klimapolitik, die sich an den wissenschaftlichen Fakten orientiert und die sozialen Auswirkungen berücksichtigt. Deshalb unterstützen wir die Idee eines Gesellschaftsrats für

Klimagerechtigkeit, der aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern besteht und Vorschläge für Sofortmaßnahmen erarbeitet.

Mit diesem Antrag wollen wir unsere Solidarität mit der letzten Generation zeigen: Wir sind bereit für den Wandel. Wir sind bereit für mehr Demokratie. Wir sind bereit für mehr Gerechtigkeit.

Unterstützer*innen

Katharina Eichmüller (KV München), Amelie Nitsch (KV München), Anna Weyand (KV München), Monika Pfaffelhuber (KV München), Anna Schick (KV München), Sophie Ahrenberg (KV München), Angela Hermann (KV München), Verena Matzner (KV München), Yannick Kiefl (KV München)

Antrag

Initiator*innen: Christine Harttmann

Titel: Kohleausstieg beschleunigen

Antragstext

1 Dass der mit RWE ausgehandelte Kohle-Kompromiss die Räumung des Dorfes Lützerath
2 nicht verhindern konnte, bedauern wir, die Mitglieder des Stadtverband München,
3 außerordentlich. Wir hätten uns eine andere Lösung gewünscht.

4 Den Bundesvorstand und unsere Mandatsträger:innen fordern wir nun dazu auf, dass
5 sie sich für ein möglichst schnelles Ende der Kohleverstromung einsetzen. Der
6 Erhalt von Dörfern, Landschaft und Infrastruktur soll mit einem früheren
7 Ausstieg aus der Kohleverbrennung vereinbar sein. Unser oberstes Ziel muss aber
8 lauten: **bei allen Verhandlungen mit Energieversorgern liegt die Priorität**
9 **darauf, dass insgesamt weniger Kohle gefördert und verbrannt wird, als bis dahin**
10 **geplant.** Ein früherer Ausstieg muss ohne jeden Zweifel mit weniger geförderter
11 Kohle verbunden sein. **Diese entscheidende Bilanz muss fundiert und die Zahlen**
12 **transparent und nicht auslegebar sein,** um Streit mit unseren
13 außerparlamentarischen Verbündeten auszuschließen und Vertrauen zurück zu
14 gewinnen.

15 Ein Kohleausstieg bis spätestens 2030 muss das Ziel sein. Bei der Rekultivierung
16 der Kohlegruben müssen Umweltverträglichkeit und Biodiversität im Vordergrund
17 stehen, damit Flora und Fauna dort neuen Lebensraum findet. Die ökologische
18 Neugestaltung muss einzig im Sinne des Klimaschutzes und der Naherholung geplant
19 werden, um die Schäden durch die dort geförderte Kohle maximal möglich
20 auszugleichen und um den Menschen ihr Land zurückzugeben.

Begründung

Die Grundwerte Grüner Politik waren immer auch mit der Klima- und Umweltbewegung verbunden. Sowohl das Pariser Klimaabkommen als auch der Koalitionsvertrag, den die Mitglieder der Partei in einer Urabstimmung angenommen haben, sind eine Verpflichtung zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels. Gerade deswegen muss das Bestreben Grüner Politik sein, so viel Kohle wie möglich im Boden zu lassen und so wenig Kohle wie möglich zu verbrennen. Das gilt für jede Kohleregion.

Im Rheinland hat zwar der Deal, der mit RWE ausgehandelt wurde, die Menge der Braunkohle, die noch abgebaggert werden darf, halbiert. Dennoch geht es um zusätzliche 280 Millionen Tonnen Kohle, die im Boden bleiben oder auch nicht, oder – anders ausgedrückt – 280 Millionen Tonnen CO₂, die emittiert werden oder auch nicht.

Wird diese Kohle abgebaggert und verbrannt, kann das – das belegen mehrere wissenschaftliche Studien – darüber entscheiden, ob Deutschland sein 1,5 Grad Ziel einhält oder nicht.

Ein Drittel der Deutschen Kohle kommt allerdings aus der Lausitz. Hier entscheidet sich ebenfalls, ob wir das 1,5 Grad-Ziel einhalten oder nicht. Und auch hier verlieren mit der Zwangsumsiedelung Menschen ihre Heimat.

Unterstützer*innen

Ulrich Martini (KV München), Benedikt Lemnitzer (KV München), Sebastian Leininger (KV München), Barbara Jungfer (KV München), Lorenz Stradtner (KV München), Arnost Stanzel (KV München), Johannes Reichel (KV München), Karoline Köster (KV München), Dorothee Stinshoff-Kraus (KV München), Margit Saar (KV München), Arne Brach (KV München), Georg Ashton (KV München), Bernd Schreyer (KV München)